

Heide Schmidt

■ JOSEF WEISSENBÖCK

Als ihr am 16. Juli 1999 der Dritte Präsident kurz vor 20 Uhr das Wort erteilte, konnten die wenigen Zuhörer im Plenarsaal des Nationalrats nicht wissen, dass es Heide Schmidts letzte Rede als Abgeordnete sein sollte. Zwölf Jahre war Heide Schmidt Mandatarin. Sie war eine Parlamentarierin von modellhaftem Zuschnitt, der Idee der Aufklärung und der Demokratie als Lebensform verpflichtet, unverdrossen und trotz aller gegenteiligen Erfahrungen von der Kraft des Arguments überzeugt und bereit, eher mit ihren Idealen parlamentarisch unterzugehen als sie zu verraten. Aus der FPÖ kommend und dort politisch sozialisiert, wurde sie zur Ikone einer Liberalität, die es in Österreich nie bis zu einer kraftvoll mitspielenden politischen Bewegung brachte.



Der bis dato letzte Versuch endete bei den Nationalratswahlen am 28. September 2008. Unter der Führung Heide Schmidts konnte das Liberale Forum gerade 2,1 Prozent der Wähler nicht nur inhaltlich-ideologisch überzeugen, sondern auch dazu bewegen, diese Überzeugung als Zustimmung in der Wahlzelle zu konkretisieren. Zwei Tage später zog Heide Schmidt sich von der Spitze der Liberalen und aus der Tagespolitik zurück.

Von der Exekutive zur Legislative

Dabei ist Heide Schmidt für einen Rückzug aus der Politik relativ jung. Wenige Wochen

nach dem gescheiterten Wieder-Einzug der Liberalen ins Parlament, am 27. November 2008, feierte sie ihren 60. Geburtstag. Geboren wurde sie in Kempten im Allgäu als Heide Kollmann. Ihre Mutter nahm sie und ihre Schwester nach der Scheidung mit nach Wien, wo sie Schule und Studium absolvierte. Auf die Promotion zur Dr.ⁱⁿ iuris folgte 1976 die Sponson zur Mag.^a der Sozialwissenschaften. Da hatte

sie das Gerichtsjahr längst hinter sich und arbeitete als Juristin im Unterrichtsministerium.

1977 folgte der erste Schritt weg von der exekutiven hin zur legislativen Gewalt: Heide Schmidt wurde persönliche Assistentin und Leiterin des Geschäftsbereichs von Volksanwalt Gustav Zeilinger und dessen Nachfolger Helmuth

Josseck. In dieser Funktion wurde sie, durch die TV-Sendung des Volksanwalts, einem größeren Publikum bekannt.

Im Aussehen an Charlotte Rampling erinnernd und äußerlich stets von bestechender Eleganz, überzeugte sie durch die Präzision ihrer Darstellung und das Engagement ihrer Kritik. Der Weg der jungen Juristin konnte so nur ins Parlament führen.

Am 28. Jänner 1988 hielt Schmidt – den Namen ihres Ehemanns hatte sie auch nach der Scheidung beibehalten – ihre erste Rede im Bundesrat, nachdem sie als Vertreterin der Wiener FPÖ der Länderkammer bereits seit Dezember 1987 angehörte, als



Franz Josef Weissenböck, Dr. theol., Journalist und Autor, systemischer Coach und Supervisor, Chefredakteur der Parlamentskorrespondenz. Lebt in Wien und Kirchberg am Wechsel.

■ „Ich glaube, dass es eine Frage des moralischen Anspruchs und der politischen Verantwortung ist, ob man alles tut, was erlaubt ist.“
(Heide Schmidt)

erste Freiheitliche überhaupt in der Länderkammer. Sie sprach zur Entwicklung des europäischen Integrationsprozesses, verwies dabei auf „eine nahezu 30jährige kontinuierliche Linie der Zielvorstellung eines Vollbeitritts Österreichs“ der FPÖ und geißelte SPÖ und ÖVP ob deren Zögerlichkeit.

„Wir Liberale sind der Auffassung, dass eine Mitgliedschaft von Mal zu Mal teurer wird, dass ein Beitritt aus Gründen des Wettbewerbs und der Weltoffenheit unumgänglich notwendig ist.“

Das liberale Experiment, das die Freiheitlichen unter deren Obmann Norbert Steger 1983 in eine Koalition mit den Sozialdemokraten geführt hatte, war zu dieser Zeit allerdings seit mehr als einem Jahr ebenso Geschichte wie die erste Kleine Koalition; im September hatte der aus Oberösterreich nach Kärnten importierte FP-Landesobmann Haider Steger weggeputscht.

Im November 1990 zog Heide Schmidt in den Nationalrat ein, nachdem sie zwei Jahre vorher innerparteilich avanciert war: Von 1988 bis 1990 war sie Generalsekretärin der FPÖ, von 1990 bis 1993 Haiders Stellvertreterin.

1992 kandidierte Heide Schmidt für die FPÖ bei der Bundespräsidentenwahl und erreichte im ersten Wahlgang beachtliche 16,4 Prozent. Dass sie sechs Jahre später, diesmal bereits als Kandidatin des Liberalen Forums, nur auf 11,1 Prozent kam, darf weder Heide Schmidt als Person noch ihrer neuen politischen Gruppierung zugerechnet werden: Thomas Klestil konnte als amtierender Bundespräsident mit 63,4 Prozent die Wahl bereits im ersten Wahlgang entscheiden.

Von der FPÖ zum LIF

Zwischen den beiden Wahlgängen hatten sich die politische und die parlamentarische Landschaft gravierend verändert.

Es hatte sich auseinander entwickelt, was nicht mehr zusammengehörte: Am 4. Februar 1993 spalteten sich Heide

Schmidt und vier weitere Abgeordnete von der Freiheitlichen Partei ab und gründeten das Liberale Forum. Das LIF erhielt Klubstatus, Heide Schmidt behielt das Amt der Dritten Präsidentin des Nationalrats, das sie seit 1990 innehatte.

Die Zeit, in der sie Haider buchstäblich aus der Hand gefressen hatte – man erinnert sich an das Foto, das Haiders Überumpelungs-Aktion dokumentiert – war endgültig vorbei, der Bruch vollkommen.

Der FP-Chef sprach von „Ballast“, der „abgeworfen“ worden sei; eine weitere Abspaltung von den Freiheitlichen, dann unter Haiders Führung, lag noch in einer fernen Zukunft.

Studiert man anhand des Stenographischen Protokolls die Wortmeldungen Heide Schmidts im Parlament – vom 9. Dezember 1987 bis 4. November 1990 im Bundesrat, anschließend bis 28. Oktober 1999 im Nationalrat – ist man erstaunt, dass diese humanistisch gesinnte Frau je Mitglied einer Fraktion gewesen sein konnte, die immer wieder durch xenophobe Töne, im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus verharmlosende oder mindestens unsensible Aussagen und ein durch plebiszitäre Engführung problematisches Demokratieverständnis auffällt.

Das Fass zum Überlaufen brachte das Anti-Ausländer-Volksbegehren mit dem vordergründig patriotischen Titel „Österreich zuerst“.

„Ich glaube“, sagte Heide Schmidt in der Debatte des Nationalrats am 23. November 1993, „dass es eine Frage des moralischen Anspruchs und der politischen Verantwortung ist, ob man alles tut, was erlaubt ist ... Daher kommt man an einen Punkt verschiedener politischer Grundverständnisse, und mir geht es darum, das einmal bewusst zu machen und darüber eine Diskussion durchzuführen, eine Diskussion über das demokratische Grundverständnis, eine Diskussion darüber, ob Demokratie dann schon verwirklicht ist, wenn einfach nur die Spielregeln demokratisch eingehalten werden, was letztlich bedeutete, dass demokratisch zustande gekommene Mehrheiten einfach gut sind, oder aber, ob Demokratie

nicht vielmehr bedeutet, dass über diese Spielregeln hinaus die Entscheidungen eine bestimmte Qualität haben sollten, und zwar die Qualität eines humanen Rechtsstaates.“

Die Wählerinnen und Wähler lohnten Schmidt zunächst ihre Grundsatztreue: 1994 zog das LIF mit elf Abgeordneten in den Nationalrat ein, bei den vorgezogenen Wahlen 1995 ging ein Mandat wieder verloren.

Gescheitert am österreichischen Katholizismus

Ihre Grundsatztreue und ihr kompromissloses Eintreten für den Rechtsstaat lassen den gelegentlich geäußerten Wunsch verständlich erscheinen, Heide Schmidt an der Spitze des Justizressorts zu sehen. Dass es dazu nicht kam und dass die Positionen des Liberalen Forums und Heide Schmidts im Elektorat nicht die für eine Vertretung im Nationalrat erforderliche Unterstützung erreichten, hängt vermutlich damit zusammen, dass Schmidt ihre liberalen Positionen ohne Rücksicht auf die „österreichische Seele“ vertreten hat und vertritt. Der Österreicher ist (oder war jedenfalls) „schon katholisch“, wenn auch „nicht sehr“ – aber immerhin so weit, dass er z.B. kein Verständnis für die Forderung aufbringen konnte, die Kruzifixe aus den Klassenzimmern zu entfernen.

Das sagt natürlich etwas aus über Heide Schmidt – aber mindestens so viel über das österreichische Verständnis von Religion und Glaube. Heide Schmidt ist, so gesehen, auch an der österreichischen Version des Katholizismus gescheitert, dem Liberalität

nicht minder verdächtig ist als allzu feste Grundsatztreue.

Das Parlament ist ein ganz besonderer Ort des Wettbewerbs von Ideen, Grundsätzen und Werten, aber es ist nicht der einzige.

Im Jahr 2000 gründete Heide Schmidt das Institut für eine offene Gesellschaft und übernahm dort den Vorsitz. Für die Nationalratswahl 2008 ließ sie sich für eine Kandidatur an der Spitze des LIF – ja was?

Gegen ihre innere Überzeugung breit-schlagen, meinen die einen; sie habe es einfach noch einmal wissen wollen, sagen andere.

Sei dem wie auch immer – polemos pater panton, sagen die Griechen, und nur wer in der Schule nicht aufgepaßt hat, übersetzt „polemos“ mit „Krieg“. Der Wettstreit ist der Vater aller Dinge.

Heide Schmidt ist nicht seine Mutter. Aber sie bleibt eine wichtige Mitspielerin für eine offene Gesellschaft.

■ Heide Schmidt ist auch an der österreichischen Version des Katholizismus gescheitert, dem Liberalität nicht minder verdächtig ist als allzu feste Grundsatztreue.



Wien, Zentralfriedhof.
Der verwahrloste Friedhof getaufter
Juden aus der Nazizeit.
© P. Pawlowsky